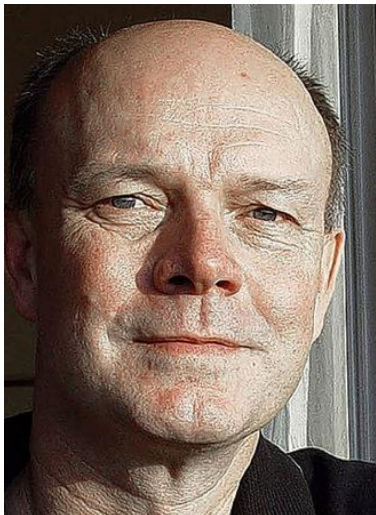


## SWR-Verwaltungsrat Stechl: „Hilferuf an die Gesellschaft“

Einsparungen, Qualitätsverlust, Rundfunkbeiträge, Orchesterfusion: Die Debatte über den SWR kocht weiter hoch. Alexander Dick sprach mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Hans-Albert Stechl, darüber.



Hans-Albert Stechl Foto: Privat



Suggeriert Aufbruch: der aktuelle SWR-Schriftzug Foto dpa/Privat

**BZ:** Herr Stechl, ist der Sparkurs des SWR wirklich alternativlos?

**Stechl:** Es heißt ja immer, der SWR sei finanziell bestens ausgestattet. Es ist eben nicht so. 2009 hatte der SWR Gebührenerträge von 993 Millionen Euro. Im Haushaltsplan 2014 haben wir 983 Millionen Euro, also zehn Millionen Euro weniger. Ich muss die medienpezifische Teuerungsrate von mindestens zwei Prozent pro Jahr dazurechnen, dann reden wir von rund 100 Millionen Euro, die wir 2014 verglichen mit 2009 weniger zur Verfügung haben. Das ist die Lohnsumme von eintausend Arbeitsplätzen. Es ist mir ein Rätsel, wie manche das noch immer ignorieren.

**BZ:** Nun ist der Sender 2014 auch ein anderer als 2009. Der SWR ist aus zwei Anstalten zusammengewachsen – es ist doch nachvollziehbar, dass da eine infrastrukturelle Verschlinkung zu einem geringeren Haushaltvolumen führen muss.

**Stechl:** Ja. Und das bestätigt uns die KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, Anm. d. Red.) in ihrem aktuellen 19. Bericht: "Unter Effizienzgesichtspunkten bemerkenswert sind die Entwicklungen beim SWR." Und weiter: "Der Produktionsanstieg beim SWR beträgt von 1997 bis 2011 25,4 Prozent. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich in diesem Zeitraum signifikant um 22,8 Prozent." Das heißt: Diese Stellen sind in

der Verwaltung gestrichen worden – dort, wo immer behauptet wird, der SWR habe einen riesigen Speckgürtel. Ich kann den Programm-Output nicht um 25,4 Prozent steigern, wenn ich die Redaktionen abbaue.

**BZ:** Weshalb moniert der Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht vom November 2008 dann, dass zum Beispiel die Effektivität bei Fernsehproduktionen höher sein müsste, dass der Verwaltungsaufwand bei Dienstreisen zu hoch sei, dass Aufwendungen für Repräsentation und Bewirtung zu hoch seien...

**Stechl:**...wenn dem Rechnungshof nichts mehr einfällt, dann guckt er die Hotel- und Reisebelege durch. Ich als Verwaltungsratsvorsitzender habe im vergangenen Jahr Bewirtungskosten in Höhe von 100 Euro verursacht. Wir fahren alle zweiter Klasse Bahn, was vollkommen in Ordnung ist. Bei den Produktionskosten gehen wir auch ran. Beispiel Wieland Backes' "Nachtcafé": Das wird bislang im Ludwigsburger Schloss produziert, die Produktionskosten liegen bei 200 000 Euro im Jahr. Die sparen wir jetzt, indem wir die Nachfolgesendung im Studio in Baden-Baden produzieren. Anderes Beispiel: Die beiden großen SWR-Shows – "Die große Show der Naturwunder" und "Verstehen Sie Spaß?" – wurden bislang in angemieteten Stadt- oder Messehallen produziert. Das Herrichten einer solchen Halle, damit sie fernsehtauglich ist, kostet enorm, so dass wir künftig nur noch Studios anmieten, die diese Infrastruktur bereits haben. Da werden wir Millionen sparen. Dieses in Technik und Verwaltung eingesparte Geld wird direkt ins Programm gesteckt, in eine Verbesserung des SWR-Fernsehens, fünf bis sechs Millionen pro Jahr, mit einem wesentlich erhöhtem Nachrichten- und Informationsanteil, mit eigenen Dokumentationen und – Stichwort: Kultur – mit einer Ausweitung des "Debüts im Dritten" und der neuen Sendung "Kunscht".

**BZ:** Wenn dem SWR die Kultur so gelegen und das Geld so knapp ist: Warum können Sie auf politischer Ebene nicht deutlich machen, dass die Mehreinnahmen, die Sie durch die Gebührenreform generieren, nicht auf einem Konto eingefroren werden dürfen? Viele Bürger sagen, sie können auf die 48 Cent Beitragssenkung verzichten, wenn sich das in verbesserter Qualität niederschlägt.

**Stechl:** Es gab einen Brief von allen ARD-Gremienvorsitzenden an die Landeschefs mit dem Tenor: Lasst doch das mit der Beitragssenkung. Verwenden wir das Geld lieber zweckgebunden für erstklassiges Programm, etwa in Zusammenarbeit mit der Produzentenallianz – eine tolle Idee. Das Ergebnis kennen Sie – das ist deutsche Medienpolitik. Die Mehreinnahmen sind auf einem Sperrkonto, sie sind verplant für die Evaluierung des neuen Beitragssystems.

**BZ:** Ist es in einer solchen Situation das richtige Signal, ein Orchester dicht zu machen zugunsten einer fragwürdigen Fusion. Dort einzusparen, wo der Kulturauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten liegt? Damit erzeugen Sie doch bei der Politik eine Spirale nach unten.

**Stechl:** Es ist klar, das bestätigt auch der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Paul Kirchhof: der Rundfunkbeitrag ist dafür da, Programm zu machen. Orchester zu unterhalten ist Mäzenatentum. Dafür braucht es zusätzliche, andere Geldquellen.

**BZ:** Im neuen SWR-Rundfunkstaatsvertrag findet sich eigens der Passus Kultur.

**Stechl:** Aber lesen Sie mal genau: Da ist zunächst die Rede von Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung. Und dann: "Er hat insbesondere Beiträge zur Kultur anzubieten." Aber "Beitrag" heißt Programmbeiträge, Sendungen, Features, Dokumentationen – das heißt nicht, ein eigenes Orchester zu unterhalten. Wir haben diese Orchester historisch bedingt. Dass sich daraus hochstehende Klangkörper entwickelten, für die wir Verantwortung haben, ist klar. Nur – wenn wir ehrlich sind: Fürs Programm selbst brauchen wir sie nur sehr eingeschränkt, so, wie wir auch kein Theater unterhalten müssen, wenn wir hochwertige Aufführungen in 3sat senden.

**BZ:** Ich halte es für einen Kardinalfehler der Öffentlich-Rechtlichen, dass sie Ihre Klangkörper nicht stärker im Programm, auch im Fernsehen, verankern. Gerade auch in der Jugend- und Bildungsarbeit.

**Stechl:** Aber Jugendarbeit gehört nun wirklich vom Staat und nicht über den Rundfunkbeitrag finanziert. Und: der SWR steckt immer noch mehr als jede andere Rundfunkanstalt in seine Klangkörper. Wir werden aber auch immer mehr gefragt: Wo ist der Sparbeitrag des Orchesters? Wir halten diesen Konflikt auch innerbetrieblich auf Dauer nicht mehr aus. Wenn der SWR in dieser Situation sagt, wir schaffen das mit den Orchestern alleine nicht mehr, dann ist das auch ein Hilferuf an die Gesellschaft: Es müsste doch möglich sein, in einem so reichen Land dieses Orchester zu erhalten. Wie da die Ergebnisse nach über zwei Jahren intensivster Bemühungen sind, das wissen Sie.

**BZ:** Warum hat man dann die Fusion so alternativlos und in so engem Zeitrahmen durchgezogen, wie geschehen? Warum hat man diesen Hilferuf nicht deutlicher an die Gesellschaft losgelassen?

**Stechl:** Diese Entscheidung ist auch auf meine Initiative hin dreimal verschoben worden. Ich habe mich für die Öffnungsklausel stark gemacht, die Türe war nie zu. Das Ganze lief in einem vollkommen transparenten Verfahren. Die Berichterstattung war riesig, gerade auch in der BZ. Jeder wusste, was Sache ist. Wir mussten aber auch einen gewissen zeitlichen Druck erzeugen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir es ernst meinen und so zum Handeln zu bewegen.

**BZ:** Der SWR war aber doch gar nicht offen für andere Lösungen. Intendant Boudgoust äußerte schwere rechtliche Bedenken gegen die Stiftungslösung.

**Stechl:** Die rechtlichen Probleme wären wohl lösbar. Aber es ist doch nie konkret geworden – Land, Stadt oder Industrie, sie alle haben doch keinen nennenswerten Betrag angeboten. Sonst hätte man sofort realisierbare Modelle gefunden. Da kann man uns keinen Vorwurf machen. Uns geht es um die Sicherung der Programmqualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ein System, das unabhängigen Qualitätsjournalismus garantiert und um das uns die ganze Welt beneidet.

**BZ:** Eine kritische Berichterstattung über die Fusion war im SWR nicht zu hören. Kollegen berichteten gar von Maulkörben.

**Stechl:** Wenn's so wäre – ich kenne solche Fälle nicht, wäre es nicht gut und Anlass für eine Programmbeschwerde.

**BZ:** Stellen wir zum Abschluss die "Was nun, Herr Stechl?"-Frage. Teile der Politik haben sich mittlerweile deutlich gegen die Fusion positioniert.

**Stechl:** Zum Glück nicht alle so platt-populistisch wie Herr Lammert. Vom Präsidenten des Deutschen Bundestages hätte ich einen differenzierteren Umgang mit diesem Thema erwartet. Meine pessimistische Prognose ist: Nach dem Kommunalwahlkampf wird das schnell wieder in sich zusammenfallen.

## **ZUR PERSON: HANS-ALBERT STECHL**

Jahrgang 1949. Studium der Rechtswissenschaften. Seit 1982 selbstständiger Rechtsanwalt in Freiburg. Stechl ist Autor der Kochkolumne "Stechls Standgericht" in der BZ. Beim SWR ist er seit 1998 im Verwaltungsrat, seit 2011 ist er dort Vorsitzender.

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der Badischen Zeitung.  
von: Alexander Dick